

LOKALES

Einsatz für saubere Ozeane

Plastik hat ein enormes Potenzial, da ist sich Berenike Steiger sicher, man muss nur wissen, wie man dieses ausschöpfen kann. Genau das will die Lüneburgerin Menschen in entlegenen Küstenregionen zeigen und sie dabei unterstützen, Meeresplastik zu recyceln. » Seite 5

Autos in Flammen

Bei einem Carportbrand sind am frühen Sonnabendmorgen in Lüneburg mehrere Autos völlig zerstört worden. Auch angrenzende Wohngebäude wurden beschädigt. Die Brandursache ist derzeit aber noch unklar. » Seite 6

In Schwindebeck soll Solarpark entstehen

Bürgermeister Roland Walteireit will herausfinden, wie hoch der Energieverbrauch der Soderstorfer ist – um Diskussionen dazu anzuschließen, wie sich der Bedarf mit erneuerbarer Energie abdecken ließe. Als einen ersten Schritt wertet er den Bau eines Solarparks in Schwindebeck. » Seite 7

KULTUR

Unterwegs im Auftrag des Herrn

Philipp Lang und Florian Hinxlage verwandelten sich in die „Blues Brothers“, um sie herum ein kleines, durch die Bank stark singendes, spielfreudiges Team. Das Musical machte Station in der Lüneburger Ritterakademie. » Seite 23



„Blues Brothers“: starker Gesang, große Spielfreude. F: t&w

SPORT

LSK erkämpft 1:0 gegen HSC Hannover

Durch den ersten Heimsieg der Regionalliga-Saison ist der Lüneburger SK wieder im Rennen um einen Platz in der Meistrunde. Der LSK gewann gegen den HSC Hannover dank eines Meyer-Tors mit 1:0. » Seite 15

WETTER

12°
7°



Sonnenschein und Wolkenfelder wechseln sich ab, und es bleibt bis zum Abend überwiegend trocken.



Schwimmen will gelernt sein

Die coronabedingte Schließung der Badeanstalten hat auch dazu geführt, dass viele Kinder zuletzt nicht schwimmen lernen konnten. Die Zahl der Nichtschwimmer sei dramatisch hoch, warnen Experten. Trainer wie Silke Rogge kommen mit dem Unterricht kaum hinterher. » Seite 3

Foto: A/t&w



Umweltminister will Klimaziele bald verschärfen

Olaf Lies (SPD) hält niedersächsisches Gesetz von Ende 2020 schon nicht mehr für ausreichend. Kommt jetzt eine Photovoltaikpflicht für alle privaten Neubauten?

VON MICHAEL B. BERGER

Hannover. Niedersachsens Klimaschutzpläne werden womöglich noch in dieser Wahlperiode verschärft. Umweltminister Olaf Lies (SPD) will ein neues Klimagesetz verwirklichen, das dem Land ehrgeizigere Ziele setzt als bislang. Der Koalitionspartner CDU zeigt sich gesprächsbereit.

Lies schlägt vor, den öffentlichen Personennahverkehr zu stärken, vor allem auf dem flachen Land. „Hier brauchen wir eine höhere Qualität und Quantität. Ein Zwei-Stunden-Takt im ländlichen Raum ist kein ernsthaftes Angebot“, betonte Lies. Vielmehr müssten neben der Einführung einer Mindesttaktung intelligentere Modelle für On-Demand-Verkehre, Sammeltaxis oder auch Bürgerbusse erprobt und zukünftig schrittweise flächendeckend angeboten werden.

Das Land müsse zudem bei der Förderung von Unternehmen stärker darauf achten, ob Sub-

ventionen aktiv zum Klimaschutz beitragen, so der Umweltminister. Schärfere Beschränkungen sollte man auch beim gesetzlich erlaubten Verbrauch von Flächen einführen. Hierzu



„Wir wollen auch kein Landesgesetz haben, das hinter die künftigen Vorschriften des Bundes zurückfällt.“

Olaf Lies (SPD),
Umweltminister

müsste das Naturschutzgesetz angefasst werden.

Das bisherige, erst im Dezember 2020 verabschiedete Klimagesetz nannte Lies „ambitioniert, aber nicht gerade überambitioniert“. Die Opposition hatte an dem Gesetz heftige Kritik geübt. Es gibt vor, dass Niedersachsen bis 2050 klimaneutral sein soll.

Lies betonte, es bestehe schon deshalb Handlungsbedarf, weil das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich eine konkretere Klimagesetzgebung verlange. „Da wollen wir als Land natürlich unseren Teil beitragen. Wir wollen auch kein Landesgesetz haben, das hinter die künftigen Vorschriften des Bundes zurückfällt“, sagte der niedersächsische Umweltminister.

Ein Thema sei in der Regierungskoalition mit der CDU in Hannover schon angesprochen worden: die Verpflichtung, bei privaten Neubauten Photovoltaik aufs Dach zu setzen. „Wir müs-

sen natürlich auch als Land mit gutem Beispiel vorangehen und in unsere eigenen Immobilien wie auch die eigenen Fahrzeuge investieren“, sagte der SPD-Politiker. Dies sei angesichts steigender Energie- und Baukosten nicht zuletzt wirtschaftlich geboten. „Wenn wir jetzt nicht forciert investieren, wird es am Ende teurer für das Land – und für die Steuerzahlerinnen und -zahler.“ Wie viel das Land in den kommenden Jahren investieren müsse, sagte der Minister indes nicht.

Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Martin Bäumer, bezeichnete Lies' Vorhaben als „von den Zeitläuften her sehr ehrgeizig“. Die Wahlperiode endet in knapp einem Jahr. „Dass wir in allen Bereichen Konkretisierungsbedarf bei der Erreichung der Klimaziele haben, ist unstrittig“, sagte Bäumer. Man müsse nun in einer zweiten Runde aber konkret darstellen, was man vorhabe und was das koste.

Erdogan droht Botschaftern

Istanbul/Berlin. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat mit der androhten Ausweisung von zehn Botschaftern die Beziehungen des Westens zur Türkei vor eine neue Belastungsprobe gestellt. Die betroffenen Staaten, darunter Deutschland und die USA, berieten am Sonntag über eine angemessene Reaktion.

Erdogan hatte zuvor im westtürkischen Eskisehir gesagt, er habe das Außenministerium angewiesen, die zehn Botschafter zur „Persona non grata“ zu erklären. Ein solcher Schritt bedeutet in der Regel die Ausweisung der Diplomaten.

Hintergrund der Äußerungen Erdogans ist eine Erklärung der Botschafter von Anfang der Woche. Darin fordern sie die Freilassung des türkischen Unternehmers und Kulturförderers Osman Kavala. Der 64-Jährige sitzt seit 2017 in Istanbul in Untersuchungshaft, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte schon 2019 seine Freilassung angeordnet hatte. Kavala wird unter anderem beschuldigt, die regierungskritischen Gezi-Proteste in Istanbul 2013 unterstützt und einen Umsturzversuch angezettelt zu haben. » Seite 12

Plan gegen Stau bei Fahrprüfungen

Wirtschaftsministerium erteilt zuständigem TÜV Nord eine Ausnahmegenehmigung

Hannover. Die Corona-Pandemie ist auch für die Fahrschulen eine große Herausforderung. Zehntausende Fahrschüler mussten teilweise wochenlang auf ihre Prüfungen warten. Niedersachsen will das Verfahren jetzt beschleunigen. Das Wirtschaftsministerium hat dem zuständigen TÜV Nord eine Ausnahmegenehmigung erteilt, um mehr Personal aus anderen Bereichen bei den Prüfungen einzusetzen. Dadurch sollen Wartezeiten verkürzt werden.

Man habe der zuständigen Prüfungsstelle des TÜV Nord erlaubt,

statt der amtlich anerkannten Sachverständigen und Prüfer übergangsweise auch andere Personen mit der Abnahme von theoretischen Führerscheinprüfungen zu betrauen, teilte das Ministerium auf Anfrage mit. „Dadurch stehen der Prüfungsstelle des TÜV Nord zusätzliche Personalkapazitäten für die

Abnahme der praktischen Fahrerlaubnisprüfung zur Verfügung.“ Die zusätzlichen Prüfer müssen demnach mindestens fünf Jahre Berufserfahrung haben und werden speziell geschult.

Während des Lockdowns im Winter konnte der TÜV wochenlang keine praktischen

Fahrerlaubnisprüfungen vornehmen. Zum Stau bei den Theorieprüfungen kam es zum Beispiel, weil es durch die Corona-Hygieneauflagen der Länder in den Räumen viel weniger Plätze für die Prüfungen als vorher gab.

„Wir wollen den Überhang an Fahrprüfungen bis zum Jahresende abbauen“, sagte der Leiter des Fachbereichs Fahrerlaubnis beim TÜV Nord, Wolfhard Werner, am Wochenende. Ziel sei es, im nächsten Jahr wieder im Regelbetrieb zu prüfen. Die Ausnahmegenehmigung ist laut

Werner eine von mehreren Maßnahmen, um zusammen mit den Fahrschulen die Lage in den Griff zu bekommen. Die Fahrlehrer in der Region Hannover hatten jüngst einen hausgemachten Personalmangel beim TÜV Nord kritisiert. Wie einige andere Bundesländer auch hat Niedersachsen den TÜV Nord mit den Fahrerlaubnisprüfungen im Land betraut.

Das Unternehmen mit Sitz in Hannover nimmt nach eigenen Angaben jährlich rund eine halbe Million Prüfungen vor.